

Washington wird zum Orwellschen Staat

29.08.2022 | [Peter Schiff](#)

Derzeit läuft eine kühne Kommunikationskampagne der Demokraten in Washington, mit der sie versuchen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen:

- Es gibt keine Rezession.
- Die Inflation ist besiegt.
- Selbst wenn die Inflation noch am Leben ist, wird sie durch gezielte neue Bundesgesetze beseitigt.

So seltsam diese Behauptungen auch für jeden klingen, der auch nur einen Funken Realitätssinn hat, so ist es doch ein Beweis für die postfaktische Welt, in der wir uns heute befinden, dass die Regierung Biden in der Lage ist, solche monumentalen Fantasien zu verbreiten, geschweige denn, dass sie damit Erfolg hat.

Die Kampagne begann Ende Juli, als das Biden-Team versuchte, das Wort "Rezession" neu zu definieren. Die Linke hat zwar schon immer versucht, Wörter neu zu definieren (man denke nur an "Rassismus" oder "Gender"), aber noch nie hat sie dies so spontan mit einer so technischen Definition versucht.

Normalerweise lassen sie neue Definitionen in akademischen oder politischen Denkfabriken aufkeimen, bevor sie sie in die Öffentlichkeit tragen. Auf diese Weise wurde die Bedeutung des Wortes "Inflation" verändert (von seinem ursprünglichen Verständnis als Ausweitung der Geldmenge zu seiner heutigen Definition, die sich ausschließlich auf steigende Preise bezieht). Aber die Inflationskampagne zog sich über Jahrzehnte hin und erforderte nicht, dass die Öffentlichkeit ihre kritischen Fähigkeiten vollständig aufgab.

Ich kommentiere und schreibe seit fast 30 Jahren öffentlich über die Wirtschaft (und spreche im Wesentlichen während meiner gesamten sechs Jahrzehnte auf diesem Planeten darüber). In dieser Zeit war die technische Definition von "Rezession" nie umstritten. Natürlich habe ich viele Diskussionen darüber geführt, was eine bestimmte Rezession verursacht hat, warum Rezessionen notwendig sein können, um eine Wirtschaft von Exzessen und Fehlinvestitionen zu befreien, die durch künstlich niedrige Zinssätze verursacht wurden, wie die Regierung auf Rezessionen reagieren sollte oder warum die Dinge besser oder schlechter waren, als eine bestimmte politische Partei behauptete. In dieser Zeit habe ich jedoch nie jemanden getroffen, der die anerkannte technische Definition von "Rezession" als zwei aufeinanderfolgende Quartale mit negativem BIP-Wachstum in Frage gestellt hätte. Was würde das bringen? Rezessionen betrafen beide politischen Parteien. Warum sollte man eine Definition ändern, wenn einem die ursprüngliche Definition später vielleicht doch passt?

Aber genau das hat die Biden-Regierung getan, als sie behauptete, dass der BIP-Bericht für das zweite Quartal, der einen Rückgang des BIP um 0,9% auf Jahresbasis nach einem Rückgang von 1,6% auf Jahresbasis im ersten Quartal (Bureau of Economic Analysis) zeigte, nicht bedeutet, dass wir uns in einer Rezession befinden.

Was bedeutet das? Das ist die Lehrbuchdefinition seit... Ewigkeiten. Wenn Biden die Daten schönreden wollte, wie es amtierende Präsidenten tun, hätte er sagen können: "Technisch gesehen handelt es sich zwar um eine Rezession, aber die aktuelle Periode zeigt viele Anzeichen von Stärke, die nicht typisch für Rezessionen sind, was uns zu der Überzeugung bringt, dass wir in einer viel besseren Verfassung sind, als die BIP-Schlagzeilen vermuten lassen, und dass die Rezession flach und schnell vorbei sein wird." Ich hätte dem nicht zugestimmt, aber das ist nur fair. Aber sein Ansatz bestand nicht nur darin, die Torpfosten zu verschieben, sondern sie ganz abzubauen.

Noch schlimmer ist, dass der Fed-Vorsitzende Jerome Powell am 27. Juli, einen Tag nachdem die Biden-Regierung zum ersten Mal die Idee geäußert hatte, dass "zwei negative Quartale keine Rezession sind", diesen Punkt auf seiner FOMC-Pressekonferenz wiederholte. Dies beweist zumindest, wie lächerlich die Behauptungen über die "Unabhängigkeit der Fed" im Laufe der Jahre gewesen sind. Volkswirtschaftler behaupten gerne, dass die Fed unabhängig von politischer Kontrolle handelt. Wollen sie uns weismachen, dass die Fed ihre Definition von Rezession spontan geändert hat, nachdem die Regierung dies getan hat? Es ist klar, dass die Fed ihre Marschbefehle aus dem Weißen Haus erhält.

Das Traurige daran ist, dass die Medien außerhalb der typischen Quellen für Nachrichten von rechts der Mitte die neue Definition einfach übernommen haben. Mein Favorit war die Schlagzeile der Associated Press, die nach der Bekanntgabe der BIP-Zahlen erschien: "US-Wirtschaft schrumpft ein zweites Quartal,

Rezessionsängste werden geschürt." Bis vor zwei Sekunden wäre dies als offizieller Beginn einer Rezession gemeldet worden, nicht als etwas, das einfach nur "Ängste" vor einer zukünftigen Möglichkeit weckt. Diese Neudeinition von Begriffen wäre unmöglich gewesen, als die journalistischen Standards noch höher und das institutionelle Gedächtnis noch stärker verankert waren.

In George Orwells 1984 befindet sich der totalitäre Staat Ozeanien, in dem die Handlung spielt, immer im Krieg mit einem anderen Imperium. Manchmal gegen Eurasien, manchmal gegen Ostasien. Doch wenn die Gegner ihre Positionen wechseln, was häufig der Fall war, lag es im Interesse der Regierung, dass die Öffentlichkeit vergaß, dass es überhaupt einen anderen Feind gab. Die Bürger mussten sagen: "Wir waren schon immer im Krieg mit Eurasien", auch wenn dieser Krieg erst gestern begonnen hatte. Ebenso wurde eine Rezession noch nie als zwei aufeinanderfolgende Quartale mit negativem Wachstum definiert!

Nach diesem leichten rhetorischen Sieg beschloss das Biden-Team, den Ball weiterzudrehen, indem es behauptete, dass es "im Juli in Amerika keine Inflation" gegeben habe. Das mag für eine ausgewählte Gruppe von Amerikanern überraschend sein, etwa für diejenigen, die im vergangenen Monat in Geschäften eingekauft haben, aber die Behauptung blieb in der Presse weitgehend unkritisiert.

Um diesen Schwindel zu erzählen, musste Biden nur über die Inflation im Monatsvergleich sprechen und die Jahresdaten ignorieren, die im Juli immer noch eine saftige Inflationsrate von 8,5% ausweisen (ein leichter Rückgang gegenüber dem Vormonat). In all den Jahren, in denen ich die Wirtschaftsnachrichten verfolgt habe, kann ich mit großer Sicherheit sagen, dass ich noch nie erlebt habe, dass jemand eine Monatszahl als Beweis für irgendetwas angeführt hat. Ja, die Benzinpreise sind im Juli gesunken, was möglicherweise auf die Freigabe von Millionen von Barrel Öl aus der strategischen Reserve der USA zurückzuführen ist (obwohl die Preise für Lebensmittel, Mieten und Dienstleistungen weiterhin unaufhaltsam steigen). Aber die Ölpreise könnten im September durchaus wieder steigen. Sollten wir erwarten, dass Biden auch dieser Möglichkeit großes Gewicht beimisst? Halten Sie nicht den Atem an. In Wirklichkeit sollte man nach so vielen Monaten des rasanten Preisanstiegs einen kühleren Monat erwarten. Die Trendlinien bleiben ungebrochen.

Diese "Null-Inflation"-Behauptung, die von den Sprechern der Regierung dutzende Male wiederholt wurde, ist die Art von großer Lüge, die während der Trump-Regierung Wellen von kopfschüttelnder Berichterstattung ausgelöst hätte. Aber Biden wird freigesprochen, er wird sogar für seine rhetorische Kühnheit und seinen Mut beglückwünscht, sich gegen die "rechte Spin-Maschine" zu behaupten.

Das beste Beispiel für Doppelzüngigkeit ist jedoch die Verabschiedung des "Inflation Reduction Act" durch die Demokratische Partei im Jahr 2022. In der langen Geschichte der falsch benannten Gesetzesstexte ist dieser Titel vielleicht der ungeheuerlichste. Nichts in dem gigantischen Gesetzentwurf wurde mit dem Ziel konzipiert, die Inflation zu senken, und nichts in dem Gesetzentwurf wird dieses Ziel tatsächlich erreichen. In Wahrheit werden viele der Bestimmungen des Plans die Inflation sogar noch verschlimmern.

In gewisser Weise muss man diese Dreistigkeit bewundern. Die Demokraten nahmen einen Haufen schrecklicher Ideen, die sie im "Build Back Better Bill" nicht durchsetzen konnten (entweder in der ursprünglichen 3-Billionen-Dollar-Version oder in der abgespeckten 1,3-Billionen-Dollar-Version), und packten sie in ein neues Paket, das sie in "Inflation Reduction Act" umtauften. Es hat sie nicht gestört, dass alle Elemente des Gesetzes entworfen wurden, bevor die Inflation als eine wichtige nationale Priorität angesehen wurde, und dass sie nicht mit dem Ziel der Inflationsbekämpfung entworfen wurden. Sie wissen, dass die Inflation für die Wähler eine hohe Priorität hat, und wollen daher den Anschein erwecken, dass sie etwas dagegen unternehmen.

Der Gesetzentwurf, der beide Häuser des Kongresses ohne eine einzige republikanische Stimme passieren wird, sieht 764 Milliarden Dollar an neuen Einnahmen (einschließlich neuer Steuern und einer stärkeren Durchsetzung bestehender Steuergesetze sowie Einsparungen durch niedrigere Preise für verschreibungspflichtige Medikamente, die von Medicare gezahlt werden) und 517 Milliarden Dollar an neuen Ausgaben vor, wobei die Differenz zum Abbau des Bundesdefizits verwendet werden soll. Leider wird die Vielfalt der Ausgaben für das Gesundheitswesen, den Umweltschutz und die Sozialfürsorge in Verbindung mit neuen Steuern und einer verstärkten Durchsetzung der Steuergesetze die wirtschaftliche Vitalität des Landes beeinträchtigen und tendenziell sowohl die Haushaltsdefizite als auch die Inflation erhöhen. Im Ergebnis wird der Plan weit mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen. Schauen wir uns den Inhalt an:

Der Gesetzentwurf sieht eine Erhöhung der Einnahmen durch:

265 Milliarden Dollar - Ermöglicht Medicare eine größere Hebelwirkung bei der Aushandlung niedrigerer Arzneimittelpreise, die an Pharmaunternehmen gezahlt werden. Dies ist das wichtigste Beispiel der Regierung für den guten Glauben an die Inflationsbekämpfung des Gesetzes, da es die Kosten für die

Verbraucher senken soll. Diese Art der Preiskontrolle hat sich jedoch bei der Inflationsbekämpfung als sehr schlecht erwiesen. Die Regierung wird niedrigere Preise vorschreiben, was das Angebot an aktuellen Arzneimitteln einschränken und die Forschung und Entwicklung neuer Arzneimittel behindern kann. Die Einsparungen werden wahrscheinlich viel geringer ausfallen als von der Regierung erwartet.

222 Milliarden Dollar - Mindestkörperschaftssteuer von 15% für Unternehmen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 1 Milliarde Dollar. Wie bei allen derartigen Bestimmungen wird auch bei dieser Politik nicht berücksichtigt, wie die Unternehmen ihre Strukturen und Praktiken ändern werden, um die Steuer zu umgehen. Infolgedessen werden die Einnahmen geringer ausfallen als von der Regierung erwartet. Außerdem werden die Unternehmen die höheren Steuer- und Buchhaltungsbelastungen durch Produktionskürzungen, Preiserhöhungen und Gehaltskürzungen bewältigen. Dies ist nicht inflationshemmend. Schlimmer noch: Das Geld, das an Steuern gezahlt wird, steht nicht zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Das Ergebnis wird eine Verringerung des Angebots sein, was die Preise weiter in die Höhe treibt.

204 Milliarden Dollar - Höhere Steuereinnahmen durch bessere Durchsetzung. - Dies ist der umstrittenste Aspekt des Gesetzentwurfs. Durch diese alptraumhafte Bestimmung wird die Größe der Steuerbehörde mehr als verdoppelt, und es werden 87.000 neue Beamte eingestellt, um die Zahl der Steuerprüfungen zu erhöhen. Während die Biden-Regierung vorgibt, dass die Agenten nur die Superreichen und die großen Unternehmen (deren Zahl begrenzt ist und die es sich leisten können, Buchhalter und Anwälte einzustellen) ins Visier nehmen werden, werden in Wahrheit wahrscheinlich kleine Unternehmen und Mitglieder der aufkeimenden "Gig"-Wirtschaft das typische Ziel sein. Die zusätzliche Angst vor einer Überprüfung durch das Finanzamt wird dazu führen, dass diese Unternehmer mehr Zeit und Geld für Buchhaltungs- und Anwaltskosten aufwenden, weniger Zeit und Geld für das Wachstum ihrer Unternehmen aufwenden und weniger in den Ausbau ihrer Kapazitäten investieren. All dies wird zu einer Verringerung der Produktion und der Gewinne führen, was wiederum die Preise nach oben und die Löhne nach unten drückt. Dies wird nicht zur Eindämmung der Inflation beitragen.

74 Milliarden Dollar - Einführung einer Verbrauchssteuer von 1% auf Aktienrückkäufe. Diese Bestimmung ist wahrscheinlich die am wenigsten destruktive der Einnahmenbestimmungen, aber sie wird nichts zur Senkung der Inflation beitragen. Allerdings ist jedes Geld, das ein Unternehmen an Steuern zahlt, Geld, das es nicht mehr für Kapitalinvestitionen zur Verfügung hat. Dies führt also zu einer Verringerung des Angebots und damit zum Gegenteil dessen, was zur Bekämpfung der Inflation erforderlich ist.

Der Gesetzentwurf sieht neue Ausgaben vor:

369 Milliarden Dollar - Energiesicherheit und Klimawandel - Dies ist der unsinnige Teil des Gesetzentwurfs, in dem die Regierung Mittel für eine Reihe von Lieblingsprojekten der Demokraten im Bereich Klimawandel bereitstellen wird. Meiner Meinung nach werden die meisten dieser Investitionen in ineffiziente Energiequellen fließen, die von der Öffentlichkeit nicht gewünscht werden und die unseren Energiebedarf nicht decken können. Der Gesetzentwurf enthält zwar einige Bestimmungen, die die heimische Produktion fossiler Brennstoffe fördern, doch die meisten dieser Programme werden die Verwendung teurerer und weniger effizienter Energie vorschreiben. Die Fehlallokation von Ressourcen wird die Inflation verschlimmern, indem sie das Energieangebot einschränkt und die Energiekosten erhöht.

64 Milliarden Dollar - Eine dreijährige Verlängerung der Subventionen für Krankenversicherungsprämien nach dem Affordable Care Act. Diese Verlängerung, die ursprünglich im Rahmen des von COVID inspirierten American Rescue Plan 2021 angeboten wurde, ist nur ein weiterer Schritt zurück in Richtung eines dauerhaften Anspruchs auf eine subventionierte Gesundheitsversorgung. Dadurch werden die Kosten für die Gesundheitsversorgung nicht gesenkt, sondern es ändert sich lediglich, wer die Rechnung bekommt. Das ist nicht inflationshemmend. Wenn überhaupt, wird es den gegenteiligen Effekt haben, denn je mehr sich der Staat in eine Branche einmischt, desto ineffizienter wird sie und desto höher werden die Kosten für ihre Waren oder Dienstleistungen.

80 Milliarden Dollar für die IRS-Finanzierung - Dies sind die Ausgaben, die es der Regierung angeblich ermöglichen werden, 200 Milliarden Dollar an Einnahmen zu erzielen, so dass der Nettonutzen für das Finanzministerium 120 Milliarden Dollar beträgt. Aber die Regierung wird echtes Geld ausgeben, um dem erhofften Geld nachzugehen. Die daraus resultierenden Zahlen könnten für die Regierung weit weniger gerecht sein und die Steuerzahler massiv verunsichern.

Da haben Sie es also, die Regierung nimmt die Inflation anscheinend direkt in Angriff. Aber das tut sie nicht. Die beste Art, die Inflation zu bekämpfen, besteht darin, die Staatsausgaben zu senken, so dass mehr Investitionskapital im privaten Sektor verbleibt, und die Vorschriften abzubauen, so dass die Unternehmen das Angebot an Waren und Dienstleistungen erhöhen können, so dass die Preise fallen können. Stattdessen befinden wir uns derzeit in einem Umfeld, in dem die Regierungspolitik die Erwerbsbeteiligung künstlich unterdrückt und den Unternehmen neue Steuern und Vorschriften aufbürdet, während gleichzeitig die

Schleusen der fiskalpolitischen Anreize weit geöffnet bleiben. Dies ist ein Rezept für höhere und nicht für niedrigere Preise.

Es ist kein Zufall, dass das Arbeitsministerium Anfang dieses Monats meldete, dass die Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Vorjahr um 2,5% gesunken ist, der größte jährliche Rückgang seit 1948. Gleichzeitig schrumpft die Zahl der Erwerbspersonen trotz täuschend niedriger Arbeitslosenquoten weiter. Diese Trends sind das direkte Ergebnis einer fehlgeleiteten Regierungspolitik und von Vorschriften, die von der Arbeit abhalten und die Belastungen für die Unternehmen erhöhen. Eine schrumpfende und weniger produktive Erwerbsbevölkerung führt nicht zu einer Ausweitung des Angebots an Waren und Dienstleistungen, die zur Senkung der Inflation erforderlich ist. Die Bestimmungen des Gesetzentwurfs werden diese inflationären Probleme noch verschärfen.

Außerdem bedeutet die Fortsetzung der Defizitausgaben, die weit über das Niveau vor der Pandemie hinausgehen, dass die Fed unter verstärkten politischen Druck geraten wird, das Defizit zu monetarisieren. Dieser Druck wird besonders stark werden, wenn sich die Rezession, von der wir so tun, als gäbe es sie nicht, weiter verschärft. Da quantitative Lockerung nur ein Euphemismus für Inflation ist, ist ein Gesetzentwurf zur Erhöhung der Defizitausgaben ein Gesetzentwurf zur Erhöhung der Inflation.

Angesichts der Tendenz der Daten und der Regierungsmeldungen würde es mich nicht überraschen, wenn man uns bald sagen würde, dass jeder "quantitative" Versuch, die Inflation zu messen, fehlgeleitet ist und dass das Phänomen nur qualitativ-subjektiv verstanden werden kann. Wie wir die Produkte und Dienstleistungen, die wir kaufen, empfinden, bedeutet weit mehr als das, was wir tatsächlich bezahlen. Warten Sie nur, es wird passieren.

© Peter Schiff
www.europac.net

Dieser Artikel erschien am 23. August 2022 auf www.europac.net und wurde exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet:
<https://www.goldseiten.de/artikel/549655--Washington-wird-zum-Orwellschen-Staat.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).